Stand: 07.09.2026 15:03:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10390

"Sofortprogramm Klimaschutz: Ökologische Innovation und soziale Gerechtigkeit jetzt!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10390 vom 08.10.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/11611 des UV vom 25.11.2020
3. Beschluss des Plenums 18/16531 vom 16.06.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 16.06.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.10.2020 **Drucksache** 18/**10390**

Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Inge Aures, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Sofortprogramm Klimaschutz:
Ökologische Innovation und soziale Gerechtigkeit jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die folgenden Maßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen, um sozial gerechten Klimaschutz in Bayern effektiv voranzubringen und so eine gute Zukunft für alle nachhaltig zu sichern:

1. Sozial-ökologische Verkehrswende

– Der Freistaat schafft ein Sonderprogramm für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, insbesondere durch die Erhöhung der Ausgaben für den regionalen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und die Bestellung zusätzlicher Leistungen in diesem Bereich.

– Dazu gehören auch die Lockerung der Bedingungen für Bahnstreckenreaktivierung, die strategische Förderung von Reaktivierungsprojekten und

– der Ausbau von landkreisübergreifenden Expressbusverbindungen, die das Bahnnetz in Bayern sinnvoll ergänzen.

– Innovative Mobilitätskonzepte im ländlichen Raum, wie z. B. das Baxi, müssen langfristig durch eine Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke durch den Freistaat gefördert werden.

– Der Freistaat schafft einen einheitlichen Bayern-Tarif für den gesamten öffentlichen Verkehr und

– senkt die Ticketpreise durch Fördermittel deutlich, vor allem auch im ländlichen Raum. Dabei soll in einem ersten Schritt die Nutzung des öffentlichen Verkehrs für die Empfängerinnen bzw. Empfänger von Sozialhilfe und Grundsicherung, für Kinder, Jugendliche und Studenteninnen bzw. Studenten sowie Ältere kostenfrei gestellt werden.

– Der Freistaat legt ein Klimainvestitionsprogramm für die Umstellung der Fahrzeugflotten aller Behörden und staatlichen Einrichtungen in Bayern auf emissionsfreie Fahrzeuge auf. Zur Unterstützung der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer und um Lieferschwierigkeiten zu umgehen, ist die Bezahlung jetzt, eine Lieferung aber erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

– Die bayerische Förderung der E-Ladeinfrastruktur wird verlängert und mit dem Ziel angepasst, bis 2022 mindestens 14 000 Ladepunkte in Bayern zu erreichen (davon mind. 10 Prozent Schnellladepunkte). Planungskosten und Beratungsleistungen sollen ebenfalls förderfähig sein. Zudem werden nicht-öffentlich zugängliche Ladepunkte in das Förderprogramm aufgenommen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

– Daneben schafft der Freistaat ein eigenes Förderprogramm für die ökologische und verkehrstechnische Modernisierung von öffentlichen Personenverkehrs- und Nutzfahrzeugflotten zur Einführung von emissionsfreien und sicheren – mit Abbiegeassistent ausgestatteten – Bussen und LKWs.

– Bayern ergänzt das Bundes-Förderprogramm für gewerblich genutzte E-Lastenbikes durch ein Förderprogramm auch für private E-Lastenbikes. Die Fördersummen sollten dabei mindestens das Münchner Niveau erreichen (Lastenpedelecs und zwei- und dreirädrige Elektroleichtfahrzeuge mit 25 Prozent der Nettokosten bis maximal 1.000 Euro).

2. Soziale Energie- und Wärmewende für den Klimaschutz

– Die 10H-Regelung wird aufgehoben. Um die Akzeptanz der Windkraft zu steigern und die Vorteile für die Menschen vor Ort zu gewährleisten, werden Bürgerenergiegenossenschaften und kommunale Windkraftanlagen besonders unterstützt und gefördert.

– Der Freistaat legt für die Wärmewende ein starkes Förderprogramm für Geothermie und ‚Block'-Wärmepumpen, verbunden mit einer Abwrackprämie für fossile Heizungen, auf.

– Der Freistaat übernimmt zudem die finanziellen Risiken für Geothermie-Probebohrungen für Kommunen und Städte.

– Außerdem schafft Bayern so schnell wie möglich – ergänzend zu den Bundesprogrammen – eine starke Förderung des Ausbaus von Wärme- und Kältenetzen sowie Fernwärmeverbundnetzen durch direkte Investitionszuschüsse und Anschlussprämien.

– Der Freistaat legt ein finanziell starkes und breit angelegtes Förderprogramm für Photovoltaik und Wärmedämmung mit einem besonderen Schwerpunkt auf kommunale Wohnungsbaugesellschaften, geförderte Wohnungen und Wohnungsgenossenschaften auf.

– Es wird ein ökologisches Modernisierungsprogramm für öffentliche Gebäude in Bayern mit dem Ziel geschaffen, innerhalb von zehn Jahren alle auf den aktuellen Stand der Wärmedämmung zu bringen und sie überall dort, wo es möglich ist, mit Photovoltaik, Fernwärmeanschluss oder Wärmepumpen auszurüsten.

– Um die Energieeffizienz zu erhöhen und Energiearmut zu verhindern, erhalten alle Haushalte in Bayern, die unter dem Durchschnittseinkommen liegen, eine Kaufprämie für den Ersatz von veralteten (zehn Jahre oder älter) oder defekten Haushaltsgroßgeräten, um damit Geräte der höchsten Energieeffizienzklasse erwerben zu können. Einkommensschwache Haushalte und Bezieherinnen bzw. Bezieher von Sozialleistungen wie ALG II (ALG II = Arbeitslosengeld II), Hilfe zum Lebensunterhalt und/oder Wohngeld bekommen den gesamten Kaufpreis des preisgünstigsten Geräts in der höchsten Energieeffizienzklasse erstattet

3. Klimafreundliche Wirtschaftsförderung

– Klimafreundliche Förderpolitik und Beteiligungen: Der Freistaat macht bei seinen Beteiligungen und in seiner Förderpolitik neben sozialen Kriterien wie der Tariftreue in Zukunft immer Klimaschutz und Nachhaltigkeit zur Förder-Voraussetzung.

– Der Freistaat entwickelt das erfolgreiche Programm „Digitalbonus" für kleine mittelständische Unternehmen und Selbstständige weiter. Durch Zuschüsse des Freistaates zu Hard- und Software, Beratungen und Dienstleistungen soll die Einführung von Videotechniken und Homeoffice deutlich erleichtert und beschleunigt werden. Das nützt diesen Unternehmen, insbesondere auch im ländlichen Raum, und auch der Umwelt, weil mobilitätsbedingte Emissionen so vermieden werden.

– Klimafreundliche Digitalisierung: Der Freistaat schafft ein Klimaförderprogramm für bayerische Rechenzentren mit dem Ziel, den Energieaufwand dauerhaft zu senken und den Energieverbrauch vom Wachstum zu entkoppeln, z. B. durch die Förde-

rung von Virtualisierung, der Nutzung von regenerativ erzeugtem Strom (Photovoltaik-Programme für Rechenzentren), regenerativ erzeugter Kälte bzw. Kühlung sowie konsequenter Nutzung der Abwärme für Heizzwecke.

Begründung:

Die Klimaerhitzung nimmt weltweit immer dramatischere Ausmaße an und hat auch den Freistaat Bayern längst erreicht: Neben Hochwasser und Sturzfluten haben das insbesondere die letzten Hitze- und Trockenheitssommer gezeigt. Das macht eine zupackende Klimaschutzpolitik und eine sozial-ökologische Modernisierung notwendig, um ohne soziale Verwerfungen die Klimaneutralität im Freistaat so schnell wie möglich zu erreichen.

In Bayern gibt es aber trotz der rasch voranschreitenden Klimaerhitzung keine echten Fortschritte beim Klimaschutz. Trotz vieler Ankündigungen und einer Flut von Programmen der Staatsregierung bleiben die Ergebnisse aus. Stattdessen steigen die bayerischen CO_2-Emissionen laut dem Bayerischen Landesamt für Statistik seit dem Jahr 2014 sogar wieder an.

Während 11 von 16 Bundesländer ihren Endenergieverbrauch im Vergleich zu 1990 verringern konnten, hat der Endenergieverbrauch in Bayern um 19 Prozent zugenommen. Der Freistaat ist damit deutscher Spitzenreiter im Energieverbrauch.

Die Windkraft war 2017 in 11 von 16 Bundesländern die wichtigste erneuerbare Bruttostromquelle. Der Anteil von Windenergie an der gesamten Energieerzeugung betrug bis zu 81 Prozent. In Bayern ist der Ausbau der Windkraft durch die 10H-Regelung dagegen fast vollständig zum Erliegen gekommen. Selbst bereits genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Anlagen fallen dem Windkraftstopp zum Opfer.

Im Verkehrsbereich ist die Entwicklung noch schlechter. Hier haben die Treibhausgas(THG)-Emissionen seit 1990 sogar um 6 Prozent zugenommen. Der größte Verursacher und Spitzenreiter für energiebedingte CO_2-Emissionen in Bayern ist der Straßenverkehr. Hier wurden 2017 rund 28 Mio. t CO_2 emittiert. Dies entspricht über 36 Prozent der energiebedingten Emissionen in Bayern. Da die energiebedingten Emissionen rund 80 Prozent der gesamten Treibhausgas-Emissionen in Bayern umfassen, stellt der Straßenverkehr auch insgesamt den Emissionsschwerpunkt in Bayern dar. Zum Vergleich: Der Schienenverkehr macht in Bayern nur 0,5 Prozent der CO_2-Emissionen aus. Die CO_2-Emissionen im Luftverkehr haben sich in Bayern seit 1990 sogar vervierfacht.

Neben der sozialen Spaltung durch fehlende Teilhabe hat die Digitalisierung insgesamt einen immer größeren negativen ökologischen Fußabdruck. Laut Umweltbundesamt haben deutsche Rechenzentren 2014 alleine die gesamte Stromproduktion von vier mittelgroßen Kraftwerken verbraucht. Nach einer Prognose des Fraunhofer-Instituts für Zuverlässigkeit und Mikrointegration (IZM) und des Borderstep Instituts soll sich der Stromverbrauch deutscher Rechenzentren von 2015 bis 2025 um mehr als 50 Prozent erhöhen.

Bayern braucht dringend ein Sofortprogramm sozialer Klimaschutz, das nachhaltige wirtschaftliche Impulse gibt, ökologische Innovation und soziale Gerechtigkeit verbindet sowie die Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktivität schafft.

Das betrifft insbesondere die Bereiche Energie- und Wärmewende, umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität sowie eine klimafreundliche und nachhaltige Modernisierung der bayerischen Wirtschaft. Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen leisten genau das: Sie fördern den Klimaschutz, stärken dabei die soziale Balance und die nachhaltige Erneuerung der bayerischen Wirtschaft.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 25.11.2020 **Drucksache** 18/**11611**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Inge Aures u.a. SPD
Drs. 18/**10390**

Sofortprogramm Klimaschutz:
Ökologische Innovation und soziale Gerechtigkeit jetzt!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Dr. Martin Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 29. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 25. November 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Rosi Steinberger
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 16.06.2021 **Drucksache** 18/**16531**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Inge Aures, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Drs. 18/**10390**, 18/**11611**

Sofortprogramm Klimaschutz:
Ökologische Innovation und soziale Gerechtigkeit jetzt!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Florian von Brunn
Abg. Dr. Martin Huber
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Benno Zierer
Abg. Christian Klingen
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Christoph Skutella

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Annette Karl, Inge Aures u. a. (SPD)
Sofortprogramm Klimaschutz:
Ökologische Innovation und soziale Gerechtigkeit jetzt! (Drs. 18/10390)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich erteile zunächst dem Kollegen Florian von Brunn, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, das Wort. Bitte schön. – Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen darum, ihre Plätze wieder einzunehmen.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Bayern zunehmend ein Problem mit dem Klimaschutz, weil wir entgegen den Aussagen der Staatsregierung mit dem Klimaschutz in Bayern nicht vorankommen. Wir haben zwischen ungefähr 2008 und 2014 keine Fortschritte bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen mehr geschafft. Wahrscheinlich sind die Treibhausgasemissionen danach sogar wieder angestiegen. Wir haben allerdings keine ganz aktuellen Zahlen, weil es die Staatsregierung verabsäumt, zeitnahe Treibhausgasbilanzen vorzulegen.

Die Bundesregierung hat heute – natürlich auch aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und der verschärften Klimaziele auf Bundesebene – ein Sofortprogramm für den Klimaschutz im Umfang von 8 Milliarden Euro vorgelegt. Wir haben hier ein Sofortprogramm Klimaschutz vorgelegt, das wir schon im letzten Jahr in den Landtag eingebracht hatten. Aufgrund der Verzögerung, die sich ergeben hat, kommt es erst jetzt zum Aufruf.

Wir sind der Auffassung, dass in Bayern im Klimaschutz viel zu wenig passiert und wir unter den Möglichkeiten dieses reichen Bundeslandes bleiben. Aus unserer Sicht ist es dringend notwendig, dass wir die sozial-ökologische Verkehrswende einleiten, weil

wir gerade im Verkehrssektor den größten Ausstoß an Treibhausgasen haben; die Emissionen haben hier seit 1990 um 6 % zugenommen.

Es ist deswegen ganz wichtig, dass wir hier vorankommen. Wir haben gerade schon über Bahnstreckenreaktivierung diskutiert. Wir halten es für dringend notwendig, dass jetzt ein Sonderprogramm für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Bayern, das auch die Erhöhung der Ausgaben für den regionalen Schienenpersonenverkehr einschließt, aufgelegt wird.

Dazu gehört natürlich auch die Lockerung der Bedingungen für Bahnstreckenreaktivierungen. Dazu gehört auch, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie wir die Planung des öffentlichen Verkehrs verbessern.

Wir schlagen vor, dass wir aus der Bayerischen Eisenbahngesellschaft eine Bayerische Mobilitätsgesellschaft machen, die dann auch für die Planung und Einrichtung landkreisübergreifender Expressbuslinien zuständig ist. Außerdem ist anstatt des öffentlichen Tarifdschungels, wie er im Moment existiert, endlich ein einheitlicher Bayerntarif für den gesamten öffentlichen Verkehr notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung behauptet ja immer wieder, sie würde da viel unternehmen. Ich kann deshalb nur darauf verweisen, dass die Kommunen, was die Umsetzung der 365-Euro-Tickets angeht – das hat sich in München gerade wieder gezeigt –, immer noch in der Luft hängen.

Genauso wichtig ist aber, dass wir endlich die Bremsen bei der Energiewende lösen. Ich sage es an der Stelle noch einmal ganz klar: Ohne Aufhebung des Windkraftstopps schaffen wir keine Energiewende. Ohne Energiewende gibt es auch keinen Klimaschutz. Wir müssen deshalb den Windkraftstopp in Bayern endlich aufheben.

(Beifall bei der SPD)

Wir bleiben auch beim Thema Geothermie völlig unter unseren Möglichkeiten. Das Wirtschaftsministerium selbst sagt, dass wir bei der Erdwärme ein Potenzial von ungefähr 30 % der Wärmeversorgung haben. Auch da passiert seit Jahren nichts. Wir sehen nicht, dass all die Ankündigungen, die Sie machen, und all die Programme, die Sie auflegen, in absehbarer Zeit – jedenfalls nicht so schnell, wie es der Druck der Klimakrise notwendig macht – umgesetzt werden.

Ich will noch einen weiteren Aspekt ansprechen. Wir denken auch, dass wir die Wirtschaftsförderung des Freistaats Bayern möglichst schnell auf Klimaneutralität umstellen müssen und dass wir insbesondere im Bereich der Digitalisierung ein Programm für die Rechenzentren brauchen, um Rechenzentren zum Beispiel durch die Nutzung der Abwärme klimafreundlich und ökologisch zu gestalten.

Wir brauchen aus Klimaschutzgründen dringend ein Sofortprogramm, das auch ordentlich dotiert ist. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, ich habe leider schlechte Nachrichten. Wir müssen die beiden namentlichen Abstimmungen wiederholen. Das sind die beiden gerade durchgeführten namentlichen Abstimmungen über den Antrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/11137 und den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/10389. Leider gab es bei der Übertragung der Ergebnisse technische Probleme. Ich gebe hiermit bekannt, dass diese beiden namentlichen Abstimmungen nach der Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 15 durchgeführt werden. Die namentliche Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14 wird also nach der Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 15 wiederholt werden, und zwar nicht mehr per Abstimmungsgerät, sondern mit Ihren Karten. Wenn Sie diese also nicht hier haben, bitte ich Sie darum, sie rechtzeitig zu besorgen.

Nächster Redner ist Herr Dr. Martin Huber für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin immer wieder etwas überrascht, wenn man sich die Diskussionen über das Bayerische Klimaschutzgesetz und das 96-Maßnahmen-Paket der Bayerischen Staatsregierung in Erinnerung ruft, was damals alles gesagt worden ist nach dem Motto: So ein Maßnahmenpaket bringt doch nichts, das ist alles nicht verbindlich genug. – Auf der anderen Seite erlebt man, dass von der Opposition Maßnahmen vorgestellt und vorgeschlagen werden, die an sich allesamt im 96-Maßnahmen-Paket enthalten sind.

Ich habe eher den Eindruck, bei Ihnen geht es um Mosern, Mäkeln, Madigmachen und nicht so sehr um Klimaschutz. Viele Punkte, die Sie in Ihrem Antrag aufführen, sind bereits im 96-Maßnahmen-Paket der Bayerischen Staatsregierung enthalten.

Es geht um die Förderung bedarfsorientierter Angebote des ÖPNV mit dem Förderprogramm "Mobilität im ländlichen Raum". Das ist im Maßnahmenpaket der Staatsregierung aufgeführt.

Das Setzen von Anreizen für eine stärkere ÖPNV-Nutzung durch ein attraktives Jahresticket für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende ist im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN abgebildet.

Der Masterplan Geothermie, der die Voraussetzungen für eine verstärkte Nutzung der Geothermie näher beleuchten will, ist ebenfalls in der praktischen Umsetzung der Politik in Bayern bereits verankert.

Sie wollen eine sozial-ökologische Verkehrswende und die Umstellung der Fahrzeugflotten aller Behörden und staatlichen Einrichtungen in Bayern auf emissionsfreie Fahrzeuge. Schauen Sie sich den 10-Punkte-Plan mit den fast 100 Maßnahmen an! Darin steht nämlich als Maßnahme die Umstellung von mindestens zwei Dritteln der staatli-

chen Fahrzeugflotte in geeigneten Bereichen auf Elektroantrieb oder innovative Antriebe.

Sie haben den Punkt "Klimafreundliche Wirtschaftsförderung" – eine Forderung, nach der der Freistaat Klimaschutz und Nachhaltigkeit zur Voraussetzung bei Förderungen macht. Ich kann Ihnen nur zurufen: Schauen Sie sich an, was momentan in Bayern alles auf dem Weg ist, wie stark Bayern, wie stark sich auch die Industrie in Bayern auf den Weg hin zur Klimaneutralität macht!

Kein Wort von Ihnen heute zum Wasserstoffgipfel, der diese Woche stattgefunden hat, bei dem kraftvoll eine Milliarde Euro an Investitionsmitteln für den Freistaat Bayern gemeinsam von Bund und Freistaat beschlossen wurden, wo gerade auch der große Hebel für die Industrie angesetzt wird, um auch die großen CO_2-intensiven Produktionsprozesse in Zukunft klimaneutral gestalten zu können. Das ist Zukunft, das ist die Verbindung von Umwelt und Wirtschaft, wie wir sie uns vorstellen.

Der Antrag ist bereits am 8. Oktober 2020 verfasst worden; er ist heute genauso überflüssig wie damals, und deswegen werden wir ihn auch heute wieder ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Florian von Brunn für die SPD-Fraktion vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Florian von Brunn (SPD): Herr Huber, Sie sagen ja das Gleiche wie im Ausschuss, was damals auch schon nicht richtig war. Sie zählen – ich kenne Ihre Rede – alle möglichen Programme auf; aber die muss man an irgendetwas messen: an der Realität. Realität sind die steigenden Treibhausgasemissionen in Bayern, die die CSU-geführte Regierung seit Jahren nicht in den Griff bekommt. Deswegen kann ich Ihren neuen Versprechungen und Ankündigungen auch nicht glauben. Sie müssen jetzt an-

hand wirklich sinkender Treibhausgasemissionen endlich mal beweisen, dass das, was Sie hier immer erzählen, eine reale Grundlage hat. Bisher hat es das nicht.

Dr. Martin Huber (CSU): Das war jetzt keine Frage, sondern nur eine Einschätzung. Ich kann Ihnen schlicht und ergreifend sagen – ich habe das an dieser Stelle auch schon öfter gesagt –: Ich komme aus einer äußerst energieintensiven Region und erlebe tagtäglich den Praxischeck, weil ich das nämlich auch alles sehr aktiv begleite. Ich weiß, dass sich etwas tut. Ich weiß, dass die Industrie auf dem Weg ist, klimaneutral zu werden. Es gibt klare Bekenntnisse auch großer Unternehmen. Das wäre vor einigen Jahren so mit Sicherheit nicht denkbar gewesen. Ich bin sehr froh, dass wir in Bayern einen Weg eingeschlagen haben, auf dem Wirtschaft und Politik gemeinsam ganz hart an dem Ziel arbeiten, Bayern klimaneutral zu machen und dieses Ziel 2040 auch zu erreichen.

(Zuruf)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Martin Stümpfig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden dem Antrag zustimmen – das möchte ich gleich mal vorwegnehmen –, weil die Problematik, wie der Kollege von der SPD schon angerissen hat, natürlich da ist und wir ganz, ganz schnell reagieren müssen.

Es sind viele gute Maßnahmen enthalten; sie sind etwas aus der Zeit gerutscht. Der Antrag ist vom Oktober 2020. Die klimapolitische Welt hat sich währenddessen weitergedreht. Es gibt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts usw. Von daher gesehen sind wir grundsätzlich der Meinung, mit ein paar Förderprogrammen oder mit vielen Förderprogrammen, wie es hier aufgelistet ist, alleine werden wir die Herausforderungen des Klimawandels nicht meistern. Hier braucht es definitiv mehr.

Herr Huber, hier braucht es auch definitiv mehr als das, was im Maßnahmenpaket steht. Sie sagen immer, was alles in Ihrem Maßnahmenpaket enthalten ist. Sagen Sie doch einmal – ich sehe Sie gerade gar nicht –, was in den eineinhalb Jahren umgesetzt wurde. Da wird es ganz dünn. Wir sehen überhaupt nicht, dass hier irgendetwas realisiert wird. Das sind immer nur große Worte.

Sie können natürlich sagen: Das haben wir alles drin. – Aber sagen Sie doch einmal, was Sie alles umgesetzt haben! Die CO_2-Emissionen in Bayern steigen. So kann es definitiv nicht weitergehen.

Um auf den Antrag zurückzukommen: Wir sind der Auffassung, wir brauchen nicht nur Förderprogramme, wir brauchen auch klare Regeln, wo es hingehen soll. Deswegen haben wir letzte Woche unser umfassendes Klimagesetz vorgelegt, in dem natürlich auch Förderprogramme enthalten sind. Aber auch durch Gesetze wird ganz klar ein Rahmen gesetzt, wie sich Bayern klimaneutral aufstellen soll. Förderprogramme flankieren das Ganze.

Zur Mobilität sind viele sehr gute und positive Punkte drin: einheitlicher Bayerntarif, Rufbusse, Expressbuslinien. Das wurde auch schon von uns alles beantragt. Bei der Busförderung wollen wir nicht nur Förderprogramme, sondern wir müssen die Busförderung ändern; oder wir müssen dafür sorgen, dass die Regionalisierungsmittel, die von der Bundesregierung aus Berlin zur Verfügung gestellt werden, wirklich verwendet werden. Davon sind wir nämlich weit entfernt. Hier tut die Staatsregierung viel zu wenig.

Im Wärmebereich sind wiederum nur Förderprogramme aufgelistet. Herr von Brunn, Sie haben die CO_2-Debatte und das Maßnahmenpaket mit 8 Milliarden Euro genannt. Beim Punkt zum CO_2-Preis heißt es: "ein wichtiges Instrument". Warum hat man es denn nicht geschafft zu sagen – wie wir GRÜNE es fordern –: Wir brauchen einen klaren CO_2-Preis in Höhe von 60 Euro je Tonne ab 2023? Dann bräuchten wir diese Förderprogramme nicht. Wir bräuchten dann nicht gegen etwas anzufördern. Wenn man

sich mit den Leuten in der Geothermie über die Förderung unterhält, dann wird gesagt: Wenn der Ölpreis 10 Cent teurer wäre, dann würde sich eine Vielzahl der Maßnahmen rentieren. – Es ist einfach Irrsinn, wenn man dagegen sagt, dass wir noch mehr Förderprogramme brauchen, um gegen den niedrigen Ölpreis anzufördern. So viel Geld hat der Staat nicht. Aus meiner Sicht ist es sehr schwach, was die GroKo gemacht hat. Da muss definitiv mehr kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Förderprogramme. Viele gute Punkte wie die Gebäudedämmung sind drin.

Abschließend noch den letzten Punkt zum Thema klimafreundliche Wirtschaftsförderung. Bei dieser Debatte muss ich heute schon – der Kollege Güller ist jetzt nicht mehr anwesend – aus dem Antrag zitieren:

> Klimafreundliche Förderpolitik und Beteiligungen: Der Freistaat macht bei seinen Beteiligungen und in seiner Förderpolitik neben sozialen Kriterien wie der Tariftreue in Zukunft immer Klimaschutz und Nachhaltigkeit zur Förder-Voraussetzung.

Dazu muss ich fragen: Was war das dann heute Nachmittag bei dem Dringlichkeitsantrag, zu dem meine Kollegin Frau Lettenbauer ganz klar gesagt hat: Nein, die Gießkanne darf es für Fördermittel nicht mehr geben? – Wenn man sagt, egal, was die Luftfahrtbranche macht, wir hier wollen kräftig Fördermittel ausgießen, ist das doch ein klarer Widerspruch! Wo stehen Sie da? Jetzt schreiben Sie es hier hinein. Wenn es aber konkret wird, dann fallen Sie wieder um. Ich möchte die Plattitüden, welche Frau Annette Karl heute Nachmittag angesprochen hat, gern einmal zurückgeben. Sind das nur Plattitüden, die Sie hier festschreiben – großes Fragezeichen –?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für eine soziale Energiewende müssen wir an den großen Stellschrauben drehen. Wir brauchen dafür den schon lange notwendigen Wechsel in der Bundesregierung. Die Große Koalition hat es in den vergangenen Monaten und Jahren nicht geschafft, die Energiewende sozial aufzustellen. Sie hat sie dagegen möglichst unsozial aufgestellt. Der CO_2-Preis im Gebäudebereich wird allein auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt. Auch heute gab es wieder keine Einigung in Berlin. Die CO_2-Einnahmen versickern im Bundeshaushalt. Wir GRÜNE sind die Einzigen, die für eine soziale Energiewende ein Konzept haben. Wir wollen bei der energetischen Gebäudesanierung das Drittelmodell einführen. Wir wollen die notwendigen Investitionen gerecht auf die Vermieter*innen und Mieter*innen aufteilen. Wir wollen die Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung in ein Energiegeld überführen. Davon profitieren besonders die Haushalte, die wirtschaftlich schwächer aufgestellt sind. So geht konkrete, sozial verantwortliche und erfolgreiche Klimapolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Florian von Brunn von der SPD-Fraktion, dem ich hiermit das Wort erteile.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Stümpfig, vielen Dank für Ihre Wahlkampfrede, die unterstrichen hat, dass die GRÜNEN in diesem Bundestagswahlkampf die Ankündigungsweltmeister sind. Wenn ich aber nach Baden-Württemberg schaue, wo die Umweltverbände Ihr Klimaschutzgesetz scharf kritisiert haben, wenn ich nach Hessen schaue, wo die GRÜNEN nicht nur Autobahnen genehmigen, sondern auch die vierte Startbahn am Flughafen Frankfurt ermöglicht haben, dann kann ich nicht feststellen, dass Ihr Reden durch Handeln gedeckt ist.

Wir fordern Förderprogramme, weil wir für die Menschen Alternativen schaffen müssen. Wir müssen Alternativen schaffen, damit sie auf öffentlichen Personenverkehr usw. ausweichen können. Das ist für uns eine sozial verträgliche Politik.

Ihre Vorschläge mildern den regressiven Verteilungscharakter Ihrer Maßnahmen etwas. Es reicht aber nicht aus, sich mit der CDU/CSU einen Wettlauf um den höchsten CO_2-Preis zu liefern, wenn man für die Menschen beim Heizen, Verkehr usw. keine Alternativen schafft. Daran fehlt es bei Ihnen völlig.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön, Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Zumindest sind wir uns schon einmal einig, dass der CO_2-Preis eine ganz wichtige Stellschraube ist. Die Debatte, die jetzt in Berlin hauptsächlich zwischen der SPD und der Union stattfindet, ist überhaupt nicht zielführend. Wir wissen: Die Zeit läuft uns davon. Wir brauchen diesen klaren CO_2-Preis, der nach unserer Vorstellung auch eins zu eins über das Energiegeld, nämlich über eine Reduktion des Strompreises, wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben wird. Er kommt also wieder zurück, er kommt genau den einkommensschwachen Haushalten zugute.

Es ist sehr schade, dass die SPD im Bremserhäuschen sitzt, weil wir die Zeit einfach nicht mehr haben. Wir beide wissen das ganz genau. Von daher gesehen wäre ich froh, wenn wir Gleiches wie in Baden-Württemberg hier in Bayern hätten, damit wir eine kommunale Wärmeplanung in Bayern bekommen, damit wir eine Verkehrswende bekommen, damit wir eine Reaktivierung bekommen. Mit der CSU und den FREIEN WÄHLERN geht hier leider überhaupt nichts vorwärts. Es geht überhaupt nichts weiter beim Klimaschutz. Die CO_2-Emissionen steigen. Das ist wirklich dramatisch. Hier muss jetzt wirklich endlich etwas passieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Kollege Benno Zierer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter Zierer, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag der SPD für ein Sofortprogramm für den Klimaschutz haben wir im Oktober 2020 im Ausschuss beraten. Damals lagen der Entwurf für das Bayerische Klimaschutzgesetz und der 10-Punkte-Plan bereits auf dem Tisch. Viele der geforderten Einzelmaßnahmen waren dadurch bereits abgedeckt, zum Beispiel eine klimafreundliche Wirtschaftsförderung, die angesprochen worden ist, die an die Klimaziele gekoppelt ist. Das ist richtig so, dass man das macht. Ich bin überzeugt, dass genau dieser Weg der richtige ist. Bedarfsorientierte Angebote des Nahverkehrs im ländlichen Raum wie Rufbusse, Anrufsammeltaxis und dergleichen werden auch gefördert.

Ein Masterplan Geothermie wird umgesetzt. Es gibt das 365-Euro-Jahresticket für Azubis, Schüler und Studenten im ÖPNV. Die staatliche Fahrzeugflotte wird zu zwei Dritteln auf Elektroantrieb oder andere innovative Antriebe umgestellt. Es gäbe noch eine ganze Reihe an Beispielen für Forderungen, die sich bereits durch das Gesetz und den Maßnahmenkatalog erledigt haben.

Der Antrag enthält eine Kaufprämie für Haushaltsgeräte für einkommensschwache Haushalte. Na ja. Das ist nicht der große Wurf. Bedenken Sie, welcher enorme bürokratische Aufwand einem relativ begrenzten Nutzen gegenübersteht, wenn alte, aber noch funktionstüchtige Geräte ersetzt würden. Viel gescheiter wäre es, wenn die Leute ihre Waschmaschine an die Warmwasserleitung anschließen würden und Solaranlagen auf ihren Dächern anbringen würden. Das würde etwas bringen.

Die Herstellung eines neuen Gerätes ist mit Emissionen von Treibhausgasen verbunden, ebenfalls alles, was sich auf der Straße bewegt – Bus und Sammeltaxis sind nur dann sinnvoll, wenn sie vernünftig ausgelastet sind; ansonsten macht das überhaupt keinen Sinn. Gerade aus diesen Gründen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Christian Klingen für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter Klingen, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Umweltschutz ist Heimatschutz; Klimaschutz ist ideologischer Wahn! Jeder möchte die Umwelt schützen; denn das ist unser Lebensraum. Der sogenannte Klimaschutz schützt aber nicht die Umwelt, sondern bewirkt häufig genau das Gegenteil: Wälder, die wichtige Ökosysteme sind und auf natürliche Weise CO_2 binden, werden immer wieder, zumindest zum Teil, zugunsten von fragwürdigen Windparks abgeholzt.

Im Klartext: Die grüne Lunge Wald als elementarer Sauerstoffproduzent, Lärmfilter, Staubfilter und Schadstoffsenker muss weichen, um Platz zu schaffen für Windräder, die nach Auslaufen der Förderung nicht mehr rentabel sind, zu Sondermüll werden und deren Geräuschpegel laut Bundes-Immissionsschutzgesetz dem von Straßenverkehr gleichgesetzt wird, die der Atmosphäre kontinuierlich Feuchtigkeit entziehen, wodurch sich der Boden dann zusätzlich erwärmt und austrocknet. Man sollte vielleicht einmal der Frage nachgehen, inwieweit die gehypten Windräder selbst zur Erderwärmung beitragen. Studien dazu gibt es bereits. Wer also die Umwelt schützen will, sollte vor allem jeglichen Kahlschlag vermeiden und stattdessen umfangreich aufforsten.

Ja, meine Damen und Herren, Umweltschutz kann manchmal ganz einfach sein, vor allem, wenn man ihn ideologiefrei betrachtet. Stattdessen will uns die SPD weismachen – ich zitiere: "Die Klimaerhitzung nimmt weltweit immer dramatischere Ausmaße an und hat auch den Freistaat Bayern längst erreicht". Ja, das merkt man: Nach den Messstationen der Wetterdienste war der April der kälteste seit 44 Jahren. Der Mai hält den Kälterekord der letzten 30 Jahre. Doch das Märchen der menschengemachten Erderwärmung wird von den Vertretern der Klimareligion unverdrossen aufrechter-

halten. So lassen sich Ängste und Schuldgefühle dauerhaft am Kochen halten und in bare Münze umwandeln.

Der Antrag der SPD ist vor allem eines: eine grenzenlose Geldverschwendung. Genau gesagt: eine Steuergeldverschwendung in Milliardenhöhe durch kostenlosen öffentlichen Verkehr für bestimmte Personenkreise, Wärmedämmprogramme, Umstellung der Fahrzeugflotten aller Behörden und staatlichen Einrichtungen sowie ökologische Modernisierungsprogramme für öffentliche Gebäude. Des Weiteren geplant sind Förderprogramme auch für private E-Lastenbikes, für Geothermie, Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen, verbunden mit einer Abwrackprämie für fossile Heizungen. Darüber hinaus sollen alle Haushalte, die unter dem Durchschnittseinkommen liegen, eine Kaufprämie für den Ersatz von veralteten Haushaltsgroßgeräten erhalten.

Darf es noch mehr sein? Geld scheint ja keine Rolle zu spielen. Im Zuge der Corona-Krise, deren Ende noch immer nicht ganz absehbar ist, wird sich herausstellen, was uns fast eineinhalb Jahre Lockdown gekostet hat. Was die Bürger in dieser Situation nun wirklich nicht brauchen, sind zusätzliche steuerliche Belastungen, schon gar nicht für einen herbeihalluzinierten Klimawahnsinn.

Aber um die Bürger geht es ja schon lange nicht mehr bei der SPD, der ehemaligen Kämpferin für soziale Gerechtigkeit. Laut Antrag soll jetzt auch die 10-H-Regelung aufgehoben werden. Das heißt, es soll keinen hinreichenden Mindestabstand von Windrädern zur nächsten Ortschaft mehr geben. Willkommen Infraschallbelastung mit Konzentrationsproblemen und Schlafstörungen; auch psychische Beeinträchtigungen können nach derzeitigem Wissensstand nicht ausgeschlossen werden. Hinzu kommen eine Grundstücksentwertung, Schattenschlag und Eiswurf. Wen interessiert schon der Schutz der Anwohner? Wo religiöser Wahn regiert, muss der Mensch hintanstehen.

Meine Damen und Herren, Wälderschutz ist Umweltschutz und, wenn Sie so wollen, Klimaschutz. Damit lässt sich den Bürgern allerdings kein Geld aus der Tasche ziehen. Wir lehnen deshalb den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Volkmar Halbleib, SPD-Fraktion, vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Klingen, wenn ein anderes Mitglied der AfD-Fraktion heute hier am Rednerpult diesen Unsinn erzählt hätte, hätte ich das abgehakt, aber nicht, wenn ein mainfränkischer Abgeordneter spricht, der aus einer Region kommt, in welcher der Klimawandel unleugbar schon jetzt dramatische Auswirkungen hat, die von allen Fachleuten bestätigt sind. Unterhalten Sie sich mal mit den Landwirten, mit den Winzern, mit denen, die für die kommunale Wasserversorgung zuständig sind, mit den kommunalen, staatlichen und privaten Waldbesitzern: Dann wissen Sie, was Klimawandel ganz konkret bedeutet. Als mainfränkischer Abgeordneter schäme ich mich ein Stück weit dafür, dass es hier im Landtag Abgeordnete gibt, die aus Mainfranken kommen, am Hotspot wohnen und den Klimawandel nach wie vor leugnen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Abgeordneter Klingen.

Christian Klingen (AfD): Wir sollen uns an den Klimawandel anpassen. Wir als AfD leugnen ihn nicht. Wir sagen bloß, dass der menschengemachte Anteil am Klimawandel ein geringer ist. Das können Sie auch überall nachlesen. Ich weiß nicht, warum das so schwierig zu verstehen ist. In der Region laufen ja viele verschiedene Programme. Es ist sogar die Weinbergbewässerung geplant. Es sind verschiedene Speicher geplant, um sich dieser Trockenheit anzupassen. Dagegen spricht ja nichts. Man muss sich halt an das Klima anpassen. Aber wir haben keinen Einfluss darauf. Es nützt ja nichts, wenn wir jetzt den Kopf in den Sand stecken und nichts machen. Ich weiß nicht, wo das Problem ist. Jedenfalls sollte man das nicht als Ideologie betreiben. Anpassen ist natürlich jederzeit möglich.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Skutella für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der SPD-Kollegen besteht aus einem Sammelsurium an Förderungen, Subventionen und sonstigen planwirtschaftlichen Eingriffen, die eines ganz sicher schaffen: den Klimaschutz unnötig zu verteuern.

Über Ihre drei Themenfelder Verkehr, Energie und Wirtschaft hinweg legen Sie kleinteilige Förderprojekte auf, die allesamt ein löbliches Ziel haben, aber im Vergleich zum hohen Aufwand eine sehr geringe Klimawirkung haben. Förderprogramme für Haushaltsgeräte, PV-Anlagen, E-Bikes und eine Abwrackprämie für fossile Heizungen hören sich gut an, insgesamt entfalten sie aber eine marginale Rolle für den Klimaschutz.

Dies ergab auch die Evaluierung des Aktionsprogramms 2020 auf Bundesebene im letzten Jahr. Statt den 2014 angestrebten 62 bis 78 Millionen Tonnen CO_2-Einsparung wurden durch kleinere Förderprogramme im Verkehrs- und Gebäudesektor laut dem Gutachten des Bundesumweltministeriums lediglich 37 bis 48 Millionen Tonnen erreicht – knapp 40 % weniger als ursprünglich vorgesehen.

Durch die jährlichen Erfolge des Europäischen Emissionshandels müsste Ihnen doch mittlerweile klar sein, dass man überall dort, wo man einen CO_2-Preis hat, effizient das Klima schützen kann und unsere Klimaziele leichter und nachhaltiger erreicht werden können. Da wir in einem Monat die Pläne der EU-Kommission zur Erweiterung des Emissionshandels auf die Sektoren Wärme und Verkehr vorgelegt bekommen, werden wir sehen, wie die EU-Kommission die Klimaziele in den beiden Sektoren erreichen möchte.

Grundsätzlich stellt sich schon die Frage, woher die SPD das Geld für ihre Vorhaben nehmen möchte. In den letzten Monaten ist die Wiederaufnahme von Schulden gerade unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit diskutiert worden. So wichtig der Kampf gegen den Klimawandel natürlich ist, gilt es auch zu bedenken, dass die ständige Schuldenaufnahme ebenfalls nicht nachhaltig für kommende Generationen ist, und das vor allem, wenn man die marginalen Auswirkungen auf den Klimawandel sieht und sieht, wie die Anstrengungen, die Sie hier unternehmen möchten, verpuffen werden. Wir werden den Antrag deswegen ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt- und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.

Ich gebe bekannt, dass die AfD-Fraktion zum folgenden Tagesordnungspunkt 16 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Nun kommen wir zur Wiederholung der namentlichen Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14. Ich erinnere noch einmal daran, dass der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr für beide Anträge die Ablehnung empfiehlt. Für beide Anträge ist, wie bekannt, namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zuerst wieder über den Antrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/11137 abstimmen. Die namentliche Abstimmung wird mit Stimmkarten durchgeführt. Die Offizianten kommen an Ihrem Platz vorbei.

Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 21:00 bis 21:03 Uhr)

Hat jemand seine Stimmkarte noch nicht abgegeben, der das tun möchte? – Die drei Minuten Abstimmungszeit sind abgelaufen. Die Abstimmung ist hiermit beendet.

Der Mensch ist der Technik in manchen Dingen doch noch überlegen. Im Gegensatz zur EDV brauchen unsere Offizianten keine Pause zwischen den Abstimmungen. Ich finde, das ist einen kurzen Beifall wert.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Dank auch von hier aus.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/10389 abstimmen. Dies ist wiederum eine namentliche Abstimmung, ebenfalls mit Stimmkarte. Die zwei Minuten für die Abstimmung beginnen jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 21:04 bis 21:06 Uhr)

Hat jemand, der das möchte, seine Stimmkarte noch nicht abgegeben? – Die zwei Minuten sind um. Die Abstimmung ist beendet.

Das Ergebnis der beiden Abstimmungen wird selbstverständlich später bekannt gegeben.

Wenn Ihnen wie mir die Stimmkarten ausgegangen sein sollten, so finden Sie neue in den jeweiligen Fächern draußen vor dem Plenarsaal. Wir werden ja nochmals Stimmkarten brauchen.